

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaraer.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Beleggeld 2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 73.

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 27. März 1919.

Jahrgang 1.

So ihr mich von ganzem Herzen suchen werdet, so will ich mich von euch finden lassen. Jerem. 29, 13. 14.

Die Regierung die Trägerin des Kirchenregiments.

D. E. A. Seit Wochen reist der als Mitarbeiter des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bekannt gewordene Alfred Dieterich im Lande umher und hält in den verschiedensten Städten von Danzig bis Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M. Vorträge über die gegenwärtig aktuellen Kirchenfragen. Bald erscheint er da als Beauftragter der „Zentrale für Heimatsdienst, Berlin“, die bekanntlich vor einiger Zeit zum Zwecke der Aufklärung über die Ziele der Regierung von dieser geschaffen worden ist; bald wird er dabei ausdrücklich als Vertreter des preussischen Kultusministers bezeichnet, in dessen Auftrag er über die schwebenden Fragen Aufklärung geben soll, und in dessen Namen er zuweilen schon wichtige Erklärungen abgegeben hat.

Dieterich hat in seinen Vorträgen meist auch innerkirchlichen Verfassungsfragen berührt, von dem notwendigen kirchlichen allgemeinen Wahlrecht gesprochen, ein aus Urwahlen hervorgegangenes Kirchenparlament gefordert und dabei betont, ein wie großes Interesse der Staat an dieser Fortentwicklung der Kirchenverfassung habe. Daß es dem Staat keineswegs gleichgültig sein kann, welche Verfassung sich Kirchen geben, die nach wie vor die Mehrheit des Volkes umfassen, wird man anerkennen müssen. Und wenn diesen Kirchen nach wie vor ein öffentlich-rechtlicher Charakter gelassen, wenn ihnen das Steuerrecht weiter gewährt wird und der Weg zur Volkskirche ebnet bleibt, dann wird auch der Staat, wie es etwa vor einigen Jahren in Basel geschehen ist, mit einem gewissen Recht als Gegenleistung die Erfüllung gewisser Bedingungen seitens der Kirche fordern können und von ihrer Erfüllung die Art seines Schutzes abhängig machen. Das wäre rechtlich durchaus einwandfrei und ließe sich mit der sogenannten staatlichen „Kirchenhoheit“ rechtfertigen, die dem Staat kraft seiner Souveränität zusteht. Von dieser Kirchenhoheit des Staates unterscheidet der Jurist streng die Kirchengewalt, die als eine kirchliche Gewalt durch das geistliche Amt, die Synodalen und gesetzgebenden Körperschaften der Kirchen und der Kirchenbehörden ausgeübt wird und die in den evangelischen Landeskirchen bis zur Novemberrevolution ihre Spitze fand in dem „Summepiskopat“ des als „Notbischof“ betrachteten evangelischen Landesfürsten als des „vornehmsten Gliedes der Kirche“. Was soll man nun dazu sagen, wenn der genannte Vertreter des Preussischen Kultusministeriums jüngst in Frankfurt a. M. diese „Kirchengewalt“, dieses „Kirchenregiment“ mit dem Recht des Eingreifens in intimste innerkirchliche Fragen ohne weiteres der gegenwärtigen Regierung und ihren zumeist ganz außerhalb der Kirche stehenden Mitgliedern beilegte? Er sagte nach dem Bericht der „Völkischen Zeitung“ vom 15. d. M. (Nr. 137): „Hinsichtlich der Frage der Episkopatsgewalt in der protestantischen Kirche betrachtet sich die Regierung als Nachfolgerin der durch das preussische Königtum repräsentierten Regierung und somit als vorläufige Trägerin der Kirchengewalt.“ Empfindet er nicht den völligen Mangel an Logik, wenn man in demselben Augenblick, wo man Trennung von Staat und Kirche will, Entstaatlichung der Kirche und Entkirchlichung des Staates erstrebt, plötzlich der evangelischen Kirche, wenn auch nur „vorläufig“, diese staatliche Bindung auferlegt, diese staatliche Fessel glaubt man ihr mit einem „Schein des Rechts“ belassen zu können und verrät doch dabei völlige Unkenntnis des rechtlichen und geschichtlichen Tatbestandes. Gewiß, es ist Tatsache, daß bisher das weltliche Regiment und der landeskirchliche Summepiskopat in den evangelischen Landeskirchen in einer und derselben Hand, der Hand des Landesherren, gelegen haben. Aber wer die Rechtsgeschichte kennt, der weiß, wie es auch eben erst wieder der Senatspräsident beim Obergerichtsgericht D. Berner in seiner beachtenswerten Studie über „Das Kirchenregiment in der altprotestantischen Landeskirche“ (Berlin W. 35, S. 11) betont hat, daß den Landesherren ihr Kirchenregiment nicht in ihrer Eigenschaft als Staatsoberhaupt, sondern als „vornehmsten Gliedern der

Kirche“ zugefallen ist, so daß es beim Fortfall der Landesfürsten nicht etwa möglich ist, ihre Kirchengewalt an den Staat fallen und sie durch die zeitigen, nicht selten religionslosen oder mosaischen Gewalthaber ausüben zu lassen. Sie fällt vielmehr der Kirche zu, die niemals zugestehen kann, daß die gegenwärtigen Machthaber auf weltlichem Gebiet auch die rechtlichen Erben der landeskirchlichen Rechte des ehemaligen Landesherren seien! Wenn jene sich diese Rechte anmaßen, so ist das, wie D. Berner scharf, aber unwiderlegbar schreibt, eine Usurpation, und man schafft einer geplanten staatlichen Kirchengewalt einen Weg, indem man ihr ein juristisches Mäntelchen umhängt. Die Betrachtungen des Herrn Dieterich sind aber wohl harmloser zu deuten, einfach als Unkenntnis des geschichtlichen und juristischen Tatbestandes. Das möchte man aus der Begründung schließen, die er vor einiger Zeit vor der freireligiösen Gemeinde in Berlin vorgetragen hat. Da motivierte er den Übergang der „oberkirchlichen Gewalt“ auf das Volk, d. h. also auf die Staatsregierung durch die Tatsache, daß die Kirche aus den Mitteln aller Steuerzahler erhalten werde! Was haben aber diese Staatszuschüsse mit der landesherrlichen Kirchengewalt in der evangelischen Kirche zu tun? Gar nichts! Sie kommen auch der katholischen Kirche und auch einigen jüdischen Synagogengemeinden zugute, in denen es solche Kirchengewalt nicht gibt, und in denen doch auch Herr Dieterich diese „landesherrliche“ Kirchengewalt wohl nicht daraufhin wird neu einführen wollen. Jene Zuschüsse fließen eben gar nicht aus der landesherrlichen „Kirchengewalt“, sondern aus der oben genannten „Kirchenhoheit“, die der Vertreter des Kultusministeriums offenbar nicht von der „Kirchengewalt“ zu unterscheiden weiß. Den trauen Ideen, die so entstanden sind und von ihm vertreten werden, muß im Interesse der Klarheit und des Rechts widersprochen werden. Das fordert auch die Freiheit der Kirche, der evangelischen wie der katholischen, die beide wie jede Religionsgemeinschaft kraft des Rechts der neuen Zeit ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und durch innerkirchliche Organe die Kirchengewalt ausüben lassen wollen.

Der Kampf um die Sozialisierung.

In der 23. Sitzung der verfassungsgebenden Nationalversammlung nahm der Abgeordnete des 17. Wahlbezirks Minden-Münster-Lippe unter Parteifreund Herr Wallbaum zu der Regierungsvorlage über die Sozialisierung das Wort. Herr Wallbaum hat, wie die Rede, die wir nach dem amtlichen stenographischen Protokoll, zeigt, ganz im Geiste und Sinn christlich-sozialer Forderung einer Sozialisierung das Wort geredet, bei deren Durchführung nicht Prinzipienreiterei und das Buhlen um die Gunst der Klasse ausschlaggebend ist, sondern — bei allem Ernst in der Durchführung — des Volkes und des Staates Wohl gleichermaßen gesichert bleibt.

Der Abgeordnete Wallbaum führte wörtlich aus: Meine Damen und Herren! Mit den Vorlagen, die gestern und heute zur Debatte stehen, hat uns die Reichsregierung vor die Aufgabe gestellt, Gesetzentwürfe zu verabschieden, deren materieller Inhalt seit Jahren und insbesondere in den letzten Zeiten Gegenstand lebhafter Erörterung gewesen ist. In den letzten Tagen und Wochen ist die Sozialisierung weniger von den Parteien, als vielmehr und um so dringlicher von einem Teile des Volkes gefordert worden, nicht nur in der Presse und in den Versammlungen, sondern man glaubte auch durch Arbeitsniederlegung dem Ziele der Sozialisierung näher zu kommen.

Nun ist gestern und auch heute die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die beschleunigte Einbringung dieser Sozialisierungsvorlagen, wenn auch gerade nicht aus Angstmeierei der Regierung, so doch — um mich gelinde auszudrücken — aus zarter Rücksichtnahme auf die Vorgänge in Berlin erfolgt ist. Gegen diese Auffassung hat der Herr Reichsminister Wiesel gestern Verwahrung eingelegt. Ich für meine Person habe bis jetzt keine Veranlassung, an seinen Worten zu zweifeln. Es mag sein, daß es andere Beweggründe waren, die die Reichsregierung veranlaßt haben, diese Gesetzentwürfe dem hohen Hause schleunigst zu unterbreiten.

Nun hat aber auch heute morgen der Herr Ministerpräsident Scheidemann Gelegenheit genommen, nebenher gegen die Mitglieder der unabhängigen Fraktion, in der Hauptsache aber gegen meinen Fraktionskollegen Eugen Berg das Wort zu ergreifen. Auch der Herr Ministerpräsident hat versucht, uns plausibel zu machen, daß er in seinen Maßnahmen sich weder von rechts noch von links beeinflussen lasse. Das ist sehr schön gesprochen, und es sieht so aus, als ob der Herr Ministerpräsident wirklich ein starker, zielbewusster Mann sei. Auch ich habe gestern zu denen gehört, die nach allem, was man bisher aus dem Munde hoher Regierungsvertreter gehört hatte, zum Beispiel, daß es mit der Sozialisierung noch gute Weile haben würde, annahmen, daß die gestern von Herrn Kollegen Kempkes vorgetragene Auffassung über die Beschleunigung der Einbringung richtig sei. Wenn nun heute der Herr Ministerpräsident sich aber ebenfalls dagegen verwahrt hat, dann muß ich doch das eine sagen: selbst wenn man seinen Worten in weitgehendster Weise Glauben zu schenken geneigt ist, so spricht der Schein aber doch gegen ihn. Es haben in letzter Zeit, wie ich eben schon andeutete, verschiedene Mitglieder der Regierung sich in dem Sinne geäußert, daß es Wahnsinn sei, schon jetzt mit der Sozialisierung zu beginnen. Wenn nun der Herr Ministerpräsident heute das alles in Abrede stellen will, dann meine ich, diese seine früheren Äußerungen, ferner die Äußerungen seiner Kollegen lassen doch darauf schließen, daß heute andere Gründe vorhanden sein müssen, die dann aber nicht genannt werden. Wirtschaftliche Ursachen können doch unmöglich für dies beschleunigte Vorgehen zugrunde liegen. Wenn von der Regierung und den ihr nahe stehenden Seiten immer wieder betont worden ist, zur Sozialisierung gehörten leistungsfähige, prosperierende Betriebe, dann darf man annehmen, daß, da solche Betriebe zurzeit vorhanden sind, wirtschaftliche Gründe nicht vorliegen können, und da komme ich allerdings zu dem Ergebnis, daß zum mindesten der Schein gegen die vom Regierungstisch vertretene Behauptung spricht.

In diesem Zusammenhange will ich auf die weiteren Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten von heute vormittag zurückkommen. Man hätte erwarten können, daß, wenn ein Ministerpräsident auf die Ausführungen eines Abgeordneten antwortet, er dann sachlich auf diese Ausführungen eingeht und sie mit sachlichen Gegengründen zu entkräften sucht. Das hat der Herr Ministerpräsident nicht getan, sondern eine Rede gehalten in einer Form, wie sie vielleicht von seinen Parteigenossen in Volksversammlungen gehalten wird, wenn sie nichts zu erwidern wissen.

Wir wollen uns nicht weiter darüber streiten, welche Ursachen und welche Motive bei den Herren von der Regierung für die Einbringung dieser Vorlage maßgebend gewesen sind; es kommt jetzt darauf an, die Vorlage ist da, und wir haben uns damit zu beschäftigen. Aber das eine möchte ich mir doch noch kurz zu bemerken erlauben, daß, wenn die Reichsregierung glaubt, durch die Vorlegung dieses Entwurfs und durch das damit bewirkte Entgegenkommen die revolutionären Gemüter beruhigt zu haben, sie einem grundlichen Irrtum anheimgefallen ist. Wir haben seit Jahr und Tag des öfteren beobachten können, daß

Das Nachgeben der Reichsregierung

immer neue Forderungen nach sich zog, und auch in diesem Falle dürfte der Brocken, den man den Spartakisten und Unabhängigen hinwirft, nicht genügen, diese dauernd zu frieden zu stellen. Wenn die Regierung glaubt, nunmehr Ruhe zu haben, so dürfte sie sich damit gefährlichen Illusionen hingeben. Und wenn der Herr Ministerpräsident glaubte, sagen zu müssen, daß man mit der Erwägung dieser Tatsachen der Regierung einen schlechten Dienst erweise und damit den Unabhängigen andeute, wie sie es in Zukunft zu machen hätte, ich traue den Mitgliedern der unabhängigen Partei zu, daß sie sich ganz genau ohne irgend welche Anregung von rechts wissen werden, was sie zu tun gedenken. Ihre Forderungen gehen weiter, und wenn diese erfüllt werden, werden jene Kreise um neue Forderungen nicht verlegen sein. Man gebe sich deshalb nicht der Hoffnung hin, daß wir mit Annahme dieser Entwürfe die inneren Schwierigkeiten überwinden können.

unbedingter Gehör-
zug, Mantel, De-
itzubringen.

ten.

für den Eintritt

n, 24. März. Wie
sozialdemokratischen
hat sie an die so-
zialistischen Landesver-

der unabhängigen
Landschaften Lan-
sterium einzutreten
daß wir im vor-
rungsstandes und
ischen Inhaftierten

e Verfassung. Ent-
der Gesetzgebung,
in den Betrieben.
res und des durch
eres. Entwaffnung
Volkswehr aus den
aft. Selbstverwal-
er durch die Mann-
arbeit.

on errungenen po-

Bewertung der
eitschule.

das kapitalistische

sozialistische: Die
Wirtschaft in die
genommen wer-
in Landwirtschaft,
nd und Boden, so-
entum zu erklären
le zu stellen. Die
ischen Grundbesitz-
ten Güter ist nach

Forderung bei der
gegen alle Maß-
die Verwirklichung

urt Rosenfeld.

ebandes.

melbet: Die Mi-
fahrungsarmee um-
elt Befehl zur Be-

n Danzig.

Nieuwe Bureau“
gierten haben im
en die Abtretung
n weiter, daß der
Polen verlangte
f, sondern wesent-
sei, so sagt die
Frage des Rhein-

Polshewisten.

meldet, daß die
r Jahrgänge 1898

Mail“ meldet aus
wissen genommen
assen Jassy.

: Sebastopol am
Bolschewisten in

er, Bethel.

uruf 11. Amt (Telefon)

919 bestellt

(.)

B. trag

Bestellgeld

M. S. M. S.

te richtig bezahlt.

1919

Unsere Aufgabe ist es nun, in ernster Arbeit die Vorlage so zu gestalten, daß unsere Volkswirtschaft nicht den letzten Stoß erhält, von dem ein Wiederaufleben nicht mehr möglich ist. Meine politischen Freunde sind, wie auch heute morgen schon zum Ausdruck gebracht worden ist, zu dieser Arbeit bereit.

Wir lehnen die Überführung geeigneter Betriebszweige, wenn es im Interesse des Gemeinwohls liegt, nicht grundsätzlich ab.

Wir teilen mit manchen Mitgliedern dieses Hauses die Auffassung, daß der Krieg mit seinen grundstürzenden Änderungen auch nicht an unserem Wirtschaftsleben spurlos vorübergehen kann. Der Krieg hat uns eine gewaltige Schuldenlast gebracht, die noch um ein Bedeutendes erhöht wird durch die Revolution und die Begleiterscheinungen derselben, wie wir sie nun seit vier Monaten haben beobachten können. Wollen wir diese Schuldenlast, verursacht durch den Krieg und die Revolution, jemals wieder abwägen, dann bedarf es der Heranziehung aller Mittel, die dazu geeignet sind. Wenn also durch die Sozialisierung dazu reifer Betriebe die Reichseinnahmen vermehrt werden können, ohne daß unser Wirtschaftsleben dabei völlig zugrunde geht, warum soll man dann nicht in geeigneter und vorsichtiger Weise von diesen Mitteln Gebrauch machen?

Ich möchte aber insbesondere auf die grundsätzliche Seite der Vorlagen kurz eingehen. In dieser ist auch auf die

Gewinnung der Bodenschätze

hingewiesen. Diese Bodenschätze befinden sich zum weitaus größten Teil in den Händen privater Kreise. Diese haben die Nutzungsrechte sich erworben und in jahrzehntelanger fleißiger Arbeit ihre Betriebe auf einen Höhepunkt gebracht, wie er bis in die Zeit des Krieges beispiellos in der Welt dastand. Das soll unumwunden anerkannt werden. Aus diesen Unternehmungen hat die deutsche Volkswirtschaft immer wieder neue Kraft schöpfen können.

Aber wenn man das auf der einen Seite anerkennt, darf man doch nicht an den zweifellos vorhandenen Schattenseiten dieser Entwicklung vorbeigehen. Zunächst sei betont, daß wir im letzten Jahrzehnt des öftern den nicht immer günstigen Einfluß des Kapitals in der Kohlenindustrie haben wahrnehmen können. Ein

ungeheurer Einfluß ging von dieser Macht aus.

Zu einer Zeit, wo die allgemeinen Verhältnisse solche Maßnahmen nicht erforderten, hat die Preispolitik des Kohlenyndikats nach Auffassung vieler zu einer enormen Belastung des deutschen Volkes geführt. Was auf diese Weise das deutsche Volk an erhöhten Kohlenpreisen bezahlt hat, kam nicht immer der Allgemeinheit zugute, sondern wenigen Kapitalisten, die nun einmal

glückliche Besitzer der Bodenschätze

geworden waren und dieses Besitztum in ihrer Weise ausgenutzt haben.

Aber nicht nur dies bedauern wir, sondern vor allen Dingen auch die weitere Tatsache, daß dieselben Kreise, die zwar auf der einen Seite die weitgehende Macht der Organisation für sich in Anspruch nahmen, andererseits

daselbe Recht ihren Arbeitern nicht zuerkannten.

Wer die Gewerkschaftskämpfe der letzten 25 Jahre mit durchlebt hat, weiß, wie die gewerkschaftliche Entwicklung durch den ablehnenden Standpunkt gehemmt wurde, den die Herren aus der Schwerindustrie, aus dem Bergbau usw. eingenommen haben.

Eist der vierjährige Krieg und die damit verbundenen Härten haben es vermocht, diese Kreise einer besseren Einsicht zugänglich zu machen. Man hat zu spät den „Serrinhausstandpunkt“ aufgegeben und die Gewerkschaften als die Interessenvertreter der Arbeiter damit anerkannt, daß man sich mit den Führern der gewerkschaftlichen Bewegung endlich an einen Tisch setzte und mit ihnen verhandelte. Damit ist ein schwerer Fehler gemacht worden, daß man so spät zu der Überzeugung gekommen ist,

den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor

im Wirtschaftsleben anzuerkennen. Ich bin der Meinung, daß, wenn man schon früher sich zu der jetzt bekundeten Auffassung bekannt hätte, dann manches von dem unterblieben wäre, was die letzten Wochen und Monate uns gebracht haben. Es ist ein nicht wieder gut zu machender Fehler begangen worden, daß man Jahrzehnte hindurch geglaubt hat, den Arbeiterstand niederhalten zu können. Das rächt sich heute, und wir wollen hoffen und wünschen: mag die Sozialisierungsbewegung diesen oder jenen Weg gehen, daß in Zukunft

der Arbeiter nicht mehr als Ware

im Produktionsprozeß, sondern als Persönlichkeit gewertet wird, der ein Recht darauf hat, seiner Bedeutung entsprechend anerkannt zu werden.

Dies alles hat vielleicht dazu beigetragen, daß die Zahl derjenigen sich vermehrt hat, die sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, daß sich im bergbaulichen Betriebe eine Änderung zu vollziehen hat, daß die Bodenschätze, die in der Erde ruhen, nicht wenigen Kapitalisten, sondern der Volksgemeinschaft gehören; nicht jenen sollen die Bodenschätze ungeheure Gewinne bringen, sondern sie sollen der Allgemeinheit zugute kommen. Auf diesen Standpunkt haben sich unsere bedeutendsten Volkswirtschaftler gestellt — ich erinnere an Adolf Wagner, Lujo Brentano usw. —, und man braucht noch kein Sozialist zu sein, wenn man sich zu diesen Grundsätzen bekennt.

Nun kommt es darauf an,

wie man sich die Sozialisierung denkt.

Zunächst stelle ich fest, daß das Wort, durch das sozialdemo-

kratische Parteiprogramm in die Massen geworfen, zu einem Schlagwort geworden ist. Der eine versteht dies darunter, der andere jenes, der eine versteht darunter das höchstentwickelte soziale Verantwortungsgefühl, der andere die Vergesellschaftung der gesamten Produktionsmittel, und wiederum andere hoffen, durch die Sozialisierung der Betriebe eine gute Existenz oder, deutlicher gesagt, eine gute Futtertrappe sich erwerben zu können. Auch in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspressen ist in der letzten Zeit viel über die Sozialisierung geschrieben worden. Auch dort wird die Frage behandelt: was heißt Sozialisierung? In einem Artikel kommt man zu dem Ergebnis, daß Verstaatlichung der Betriebe nicht gleichbedeutend mit Sozialisierung sei. In einem der Blätter heißt es:

Überführung bestimmter Wirtschaftsobjekte in die Hände des Staates oder der Kommune ist keine Sozialisierung oder Vergesellschaftung; das hat es immer gegeben, und niemand ist es eingefallen, von Vergesellschaftung zu sprechen, weil z. B. im preussischen Staat die Eisenbahnen, große Waldflächen, eine Anzahl landwirtschaftlicher Güter, Bergwerke und andere Unternehmungen sich im Besitz und Betriebe des Staates befinden.

Es wird von derselben Presse auch zweitens als unrichtig hingestellt, Vergesellschaftung sei zu identifizieren mit Übernahme einzelner wirtschaftlicher Betriebe durch die darin beschäftigten Arbeiter. Man glaubt in manchen Kreisen, daß Sozialisierung bereits dann vorliege, wenn der Betrieb nicht mehr durch den Unternehmer, sondern durch den Arbeiter und Angestellten geleitet werde oder das Betriebsvermögen in ihre Hände übergegangen sei. Alle diese Arten von Sozialisierung erkennt das Gewerkschaftsblatt, die „Allgemeine Steinfeinzeitung“, und andere, nicht an. Wenn nun aber weder die Überführung der Wirtschaftsbetriebe in die Hände des Staates noch in das Eigentum der darin beschäftigten Arbeiter gleichbedeutend mit Sozialisierung ist, so kommt es darauf an, wie die Gewerkschaftsblätter das Wort Sozialisierung verstehen und durchgeführt sehen möchten.

Nach den eben zitierten Ausführungen soll die ganze Gesellschaft Eigentümerin, Besitzerin und Nutznießerin dessen werden, was heute einzelnen oder mehr oder weniger großen Gesellschaften, wie Aktiengesellschaften usw. gehört.

Diese Auslegung des Wortes Sozialisierung findet sich auch wieder im Erfurter Programm. Veranlassung dazu gab die Theorie von Karl Marx, die in dem bekannten Buch „Kapital und Arbeit“ niedergelegt ist. Diese sozialistische Theorie bringt zum Ausdruck, daß infolge der Arbeitsteilung und der Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine der Arbeiter von dem Produktionsmittel getrennt worden ist. Diese würden — so sagt man — Privateigentum des Nichtarbeiters, des Kapitalisten, an den der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sei. Der Lohnarbeiter erhielt aber von dem Kapitalisten nur das, was er zum Ersatz seines Kräfteaufwandes unbedingt braucht. Was aus dieser Tätigkeit des Lohnarbeiters über seinen Lohn hinaus mehr erzeugt wird, sei das arbeitslose Einkommen des Kapitalisten. In diesem Sinne ist die Masse seit 50 Jahren bearbeitet worden.

Aus der Marxschen Lehre geht ferner hervor, daß diese kapitalistische Entwicklung dazu führe, Millionen und aber Millionen in den Händen weniger Kapitalisten anhäufen zu lassen, während auf der anderen Seite die Zahl des Proletariats immer größer werde. Wenn gleich diese Auffassung auch einseitig ist und kein zutreffendes Bild unseres Wirtschaftslebens und unserer wirtschaftlichen Entwicklung gibt, so leitet man doch daraus die Notwendigkeit eines Umwandlungsprozesses, die Überleitung der Produktionsmittel aus den Händen der Besitzer an die Gesellschaft ab. Aus dieser Lehre und der sich daraus ergebenden Agitation quillt die Forderung, die ganze Gesellschaft zur Eigentümerin, Besitzerin und Nutznießerin dessen zu machen, was heute einzelnen oder auch den Aktiengesellschaften usw. gehört. (Schluß folgt.)

Preuß. Landesversammlung.

10. Sitzung, Dienstag, den 25. März 1919.

Am Regierungstische: Dirich, Fischbeck, Haentisch, Dr. Südekum, Braun, Deser, Reinhard, am Rednerpult, Stegerwald u. a.

Präsident Leinert teilt die neue Ministerliste mit und dankt den ausscheidenden Ministern Hoff und Ernst für ihre Arbeit.

Damit ist die erste parlamentarische Regierung Preußens gebildet worden. Hinter ihr steht die Mehrheit des Volkes der preussischen Republik, und diese Mehrheit sichert der Regierung Festigkeit und Kraft, und gerade auf die letztere kommt es hier an. Unser Volk muß an den Taten erkennen können, ob die Staatsregierung das Volk versteht und sich als Beauftragte des Volkswillens fühlt.

Ich spreche die Hoffnung aus, daß es dem ersten verfassungsmäßigen Kabinettsministerium möglich sein wird, zum Segen des ganzen Volkes und zur Befriedigung aller Wünsche des Volkes tätig zu sein. (Beifall.)

Ministerpräsident Dirich: Die Hauptaufgabe der ersten verfassungsmäßigen Regierung der Republik Preußen ist, mit Ihrer Hilfe das Land auf dem Boden der Demokratie neuen, gesicherten Verhältnissen entgegenzuführen. Freiheit und Ordnung, das sind die Grundpfeiler, auf denen sich das neue Preußen aufbauen hat. Aus dem alten Preußen, das für alle Zeiten dahin ist, wollen wir in die Zukunft hinübernehmen das, was gut an ihm war: den höchsten Geist unserer Pflichtenverfüllung und den Geist nüchternen Sachverhalts.

Durch eine schwere Zeit muß unser Land hindurch. Das neue Preußen wird sich, genau wie das alte

wieder „großhugern“ müssen.

Dazu kann es manche jener Eigenschaften nicht ent-

gegen, die das alte Preußen groß gemacht haben; andere jedoch, die mit dem Preußen der Vergangenheit verknüpft waren, staatliche Vorurteile, enges Denken und blinder Autoritätsglauben haben in dem neuen Preußen keine Stätte.

Mit den Organen des Reiches ist die preussische Regierung befreundet, die Grenzen unseres Landes nach außen zu sichern, und dem Lande im Innern den Frieden wiederzugeben. Wir sind für die Aufrechterhaltung

des einen und untrennbaren Preußens,

bis der deutsche Einheitsgedanke auf der ganzen Linie siegt. (Beifall.)

In der Gemeinde, im Kreise und in der Provinz haben die gleichen demokratischen Grundrechte zu gelten wie im Staat und im Reich. Willkürliche Schranken, die bisher einer gesunden Entwicklung mancher Großstädte entgegenstanden, müssen fallen.

Das Ziel ist die Abkehr des Polizeistaates durch den freien Volksstaat. Damit wird innerer Geist der schroffen Kasteneinteilung schwinden, der bisher unsere Beamtenhaft wie überhaupt unsere Gesellschaft zerklüftete. (Beifall.)

Die Deckung des Mehraufwandes der allgemeinen Verwaltung ist daher für das Jahr 1919 nur möglich mittels namhafter Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zur Einkommen- und Erbschaftsteuer. Damit wird die geplante und bereits in Vorbereitung befindliche

organische Neuordnung dieser Steuern

unter gerechterer und sozialerer Verteilung des Steuerdrucks noch dringlicher als bisher. Mit ihr soll eine Loslösung der direkten Steuerverwaltung von der allgemeinen Verwaltung, zunächst in der Kreisverwaltung, zur besseren Veranlagung sowie eine Verschärfung der Strafvorschriften zur Hebung der sinkenden Steuermoral verbunden werden.

Den Beamten und Lehrern bleiben ihre Rechte gesichert. Das bedachte Berufsbeamtentum findet auch im neuen Staate seinen Platz und seine Anerkennung. Die leitenden politischen Beamten haben die Pflicht, die politischen Ziele der Regierung zu unterstützen.

Eine zeitgemäße Neuordnung der Bezüge der Beamten wird in Angriff genommen, sobald ein abschließender Ueberblick über die Finanzlage des Staates möglich ist. Bis dahin wird mit auskömmlichen Teuerungszulagen zu helfen sein.

In dem verarmten Staate, in dem wir auf absehbare Zeit sein werden, gilt unsere Haupt Sorge dem Nachwuchs, der es einmal besser haben soll. (Beifall.) Schwere Wunden hat der Krieg, hat vor allem

die Hungerblase

dem Volkskörper geschlagen. Hier Heilung zu bringen, die physische und sittliche Kraft des Volkes zu heben, bisher vernachlässigte Gebiete auszubauen, betrachtet die Regierung als eine so ernste Aufgabe, daß sie alle der Wohlfahrtspflege, insbesondere der Wohnungsreform und der öffentlichen Gesundheit dienenden Einrichtungen in einem neu zu begründeten Wohlfahrtsministerium zusammenfassen will. Eine Vorlage hierüber wird der Landesversammlung alsbald zugehen. Mit dem Abbau der Vorstände ist unverzüglich zu beginnen. Das Ziel ist die Einheitsschule.

Mit dem Einschlagsfreiwilligen Vorrecht ist unverzüglich aufzuräumen. (Starker Beifall.) Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel ist alsbald durchzuführen. In allen Schulen ist Lehrern und Schülern der Grundlag unbedingter politischer und religiöser Disziplin zu gewährleisten. (Beifall.) Bis zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie der Stellung von Schule und Kirche zueinander ist

der Religionsunterricht

in allen Schulen für Lehrer und Schüler wahrfrei. Das bestehende Recht des Staates, allein das Recht der Schulaufsicht auszuüben, wird aufrecht erhalten und restlos durchgeführt.

Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist den Gemeinden das Recht zugewiesen, die Simultanschule mit wahrfreiem konfessionellen Religionsunterricht einzuführen.

Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung und unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigungen mit dem Endziel beiderseitiger Selbstständigkeit neu geordnet werden.

Die durch den Krieg herbeigeführten Veränderungen unseres Wirtschaftslebens und die Notwendigkeit, die Volksernährung dauernd zu sichern, verleihen der Landwirtschaft eine erhöhte Bedeutung für das Staatsganze; sie ist berufen, bei dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle zu spielen. (Beifallige Zustimmung rechts.) Demnach ist es die Aufgabe der Staatsregierung, die erforderlichen Maßnahmen zur Erzielung der größtmöglichen Menge im Inlande erzeugter Nahrungsmittel in die Wege zu leiten.

Dringend geboten ist, die Umgestaltung der Besitz- und Betriebsverhältnisse durch Schaffung von Wirtschaftseinheiten, die den höchsten Ertrag gewährleisten; erforderlichenfalls durch Anwendung der Vorkaufsrechte, der Enteignung und Aufteilung. (Beifallige Zustimmung links.)

Zur Wiederaufbau unserer Kultur

wird die Regierung nach besten Kräften fördern. Es ist nicht denkbar ohne das Verbleiben der Bodenschätze des Staatsgebietes und Oberschleifens im Staatsverband. (Stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Die Durchführung der Arbeiterausgegese ist durch sorgfältige Überwachung der gewerkschaftlichen Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbeamten unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und der Arbeitgeber nach Maßgabe der Reichsgesetze sicherzustellen.

Unsere warmste Fürsorge gilt allen, die unter der Aufrechterhaltung der Hungerblase auch die Entente leiden, insbesondere den aufs schwerste geprüften Frauen und Kindern. (Beifallige Zustimmung.)

Der heillosste Frieden

bald das Ende dieser Leiden bringen und möge dieser Frieden in Wahrheit ein Frieden der Gerechtigkeit werden. Ein dauernder Frieden und nicht nur ein Waffenstillstand, der den Keim zu neuem Völkermord in sich trägt. Die Regierung bietet die Landesversammlung um ihre tatkräftige und vertrauensvolle Mitarbeit. (Beifalliger Beifall und Handklatschen — Ruf der Unabhängigen: Wo bleibt die Amnestie?)

Finan
man
schr
die
Rech
zur
1919
Inter
durch
ganz
bild
bei
möglich
zu
die
gebet
sein
wird
Unpr
den
müß
stellen
Staats
die
ganz
eben
aus
Verwa
Finanz
anwe
zwar
Nach
Etat dem

Rabi

Nach
den
Sozial
lung
ist
bei
gen
Die
den
bisch
legen:

Mini
Kultu
Jüdis

Land
Finan
Winni

Justi
Land
Eisen
Krieg

Die
sich
junt
wenn
die
Minist
stimm
gleich
mög
den
drei
die
Sozial
trum
un
Kriegs
redner

Auße
einige
Un
tern
erha
staats
wirtsch
Unter
leicht
auch
das
Zentr
herald
direkt
Auße

Beiräte
bereits
be
Sozialdem
soll
auch
zwar
joll
christlich
Konten
ei
die
Sozial
Beirat

U
Erwei
Das
Nordse
sigen
worden
den
Vän
im
Nordse
geben
mo

Die
jind
jed
wird
in
Stagerat
nach
dem
je
anla
werden
unternom

Eine
Die
Regierun
stern
sich
nach
Jern
wird
Ihrer
Reg

Das
schen
Weg
Wirtsch
gen,
die
und
der

Da
Der
Zornen
ameritan
ameritan

gemacht haben; Vergangenheit ung, enges Ra- in haben in dem

er preussische Re- s Landes nach den Innern den die Ausfuehrer-

renkens, der ganzen Linie

in der Provinz andrechte zu g-l-ürliche Schran-klung mancher

geiztaas durch-ner Geist der bisher un-ere Be-ellshaft zer-

der Allgemei-1919 nur mög-staatlichen Ru-ungssteuer. Da-Borbereitung

Steuern ung des Steuer-it ihr soll eine-ia von der all-Kreisminanz, e Verschärfung fndenden Steuer-

ihre Rechte ge-m inner auch e Anerkennung- den die Willk-untersüßen.

Bezüge der- n, sobald ein-izlage des Staa-ausömmlichen

wir auf ab-ehauptorga- soll. (Rebhäuter Krieg, hat vor

ilung zu brin-s Vol'es zu he-nszubauen, be-ernste Aufgabe,

besondere der-Geundheit die- zu begründeten-mer, a) en will-Desveriamlung

Vorkehr e ist un-einheitschule-Beirecht ist un-fall.) Die Un-Refirmittel ist

en ist Verheern-ter politischer-ter. (Rebhäuter des Verhät-omie der Ziel-ist

chüler wahrfei-alein das Recht-ufrecht erhalten

urch ein Schul-ugewiesen. Die-son, ionellen

elle Verhältnis-dem Wege der-ffentlich und-Endziel beider-werden.

herten Verände- die Notwendig- u sichern, ver-erhöhte Beden-ufen, bei dem-ie entscheidende-ng rechts.) Dem-gerung, die ern-der größt-ger Nahrungs-

altung der Be-Entlassung von-Entlassung der Be-Entlassung der Be-

ntu're-ten fördern. Er-der Bodenschätze Staatsverband.

n des Hauses.)-ruggesetze ist-erwerb an W-aten unter Mit-nd der zue-tes-fchergestellten.

llen, die unter-dade zu die-ifs schwerste ge-ie Zustimmung.)

en und möge die- der Gerechtig- und nicht n- zu neuem Sol-ung bietet die-ung und ver-ittige und Gänd-: Wo bleibt die

Finanzminister Südekum: Auf Grund der Ermächtigung der preussischen Regierung unterbreite ich heute die Vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919. Er enthält die Ermächtigung zur Fortführung der Geschäfte für April bis Juni 1919. In Rücksicht auf die Steuerzahler und im Interesse der Geschäftvereinfachung soll die Deckung durch Aufschläge zur Einkommensteuer und zur Erbschaftsteuer aufgebracht werden. Es war im Augenblick bei der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse nicht möglich, eine organische Steuerreform in Vorschlag zu bringen, denn die vorläufige Regierung und auch die jetzige weiß noch nicht sicher, wie groß das Staatsgebiet und wie stark die Einwohnerzahl Preußens sein wird; ferner ist auch noch unbekannt, welche Ansprüche das Reich, dem der Vortritt geleistet werden muß, an die Steuerkraft des preussischen Volkes stellen wird. Die für die vorläufige Regelung des Staatshaushalts

notwendigen 400 Millionen Mark, die durch die Zuschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer aufgebracht werden, reichen aber nur eben aus, um die Mindereinnahmen der ordentlichen Verwaltung zu decken. Zur Aufrechterhaltung der Finanzwirtschaft muß mir alsbald ein neuer Schatzanweisungsfredit zur Verfügung gestellt werden, und zwar in Höhe von 10 Milliarden Mark. Nach der Mode des Finanzministers wird der Etat dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Rabinettsbildung in Preußen.

Nach acht Tage langen Verhandlungen zwischen den Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten in der preussischen Landesversammlung ist die neue preussische Regierung von den drei genannten Parteien gebildet worden. Die neue preussische Regierung wird sich nach den bisherigen Bestimmungen wie folgt zusammensetzen:

- Ministerpräsident: Abg. Hirsch (Soz.),
- Kultus: Abg. Haenisch (Soz.),
- Inneres: noch unbestimmt, voraussichtlich Abg. Heine (Soz.),
- Landwirtschaft: Abg. Braun (Soz.),
- Finanzen: Abg. Dr. Südekum (Soz.),
- Ministerium für Volkswohlfahrt: Abg. Stegerwald (Zentr.),
- Justiz: Abg. Dr. am Behnhoff (Zentr.),
- Handel und Gewerbe: Abg. Fischbeck (Dem.),
- Eisenbahnen: Abg. Dejer (Dem.),
- Krieg: Oberst Reinhard.

Die Sozialdemokraten beanspruchen demnach für sich fünf Sitze und zwar mit der Begründung, daß, wenn die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Ministerium hätten, die Gefahr für sie bestände, überstimmt zu werden. Man hat sich daher auf eine gleichmäßige Verteilung der zehn Ministerposten unter drei Parteien geeinigt. Danach entfielen auf die Sozialdemokraten fünf Ministerposten, auf das Zentrum und die Demokraten je zwei, während das Kriegsministerium den bürgerlichen Parteien zugerechnet wird.

Außer den Ministerposten soll jede der Parteien einige Unterstaatssekretäre in den einzelnen Ministerien erhalten. Das Zentrum wird je einen Unterstaatssekretär im Kultusministerium und im Landwirtschaftsministerium erhalten, die Demokraten einen Unterstaatssekretär im Kultusministerium und vielleicht auch einen im Landwirtschaftsministerium. Für das Zentrum kommt gegebenenfalls noch ein Ministerialdirektor im Ministerium des Innern in Frage. Außerdem sollen für einzelne Ministerien noch Beiräte geschaffen werden, wie sie heute zum Teil bereits bestehen. Im Eisenbahnministerium haben die Sozialdemokraten bereits einen solchen Beirat. Hier soll auch das Zentrum einen Beirat erhalten, und zwar soll dieser Beirat von einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften besetzt werden; ebenso der Beirat eines Beirats im Handelsministerium, worin die Sozialdemokraten in dem Abg. Hue bereits einen Beirat haben.

Aus der Waffenstillstands-Kommission.

Erweiterung des Fischereigebietes in der Nordsee. Das für die deutsche Hochseefischerei in der Nordsee zugewiesene Gebiet ist, wie der britische Vorgesetzte in Spa in einer Note mitteilte, erweitert worden. Die deutsche Bucht, im Westen begrenzt durch den Vängengrad durch Tericheling-Feuerschiff und im Norden durch den Breitengrad von Doggerbank-Nordfeuererschiff, ist nunmehr für die Fischerei freigegeben worden.

Die in Spa vorgebrachten deutschen Wünsche sind jedoch damit noch nicht erfüllt. Deutscherseits wird insbesondere die Freigabe des Kattegat und Skagerrak gefordert, damit die deutschen Schiffe je nach dem Standort in den Häfen der Ostsee oder Nordsee anlaufen können. Weitere diesbezügliche Schritte werden von der deutschen Waffenstillstandskommission unternommen werden.

Eine deutsche Finanzkommission nach Versailles. Die britische Kommission in Spa hat die deutsche Regierung mit einer Note eingeladen, ein aus höchstens sechs Personen bestehendes Finanzkomitee nach Versailles zu entsenden. Den deutschen Vertretern wird ein ungehinderter und schneller Verkehr mit ihrer Regierung zugesichert.

Das Komitee soll die Vermittlungsstelle der deutschen Regierung und der Finanzabteilung des Obersten Wirtschaftsrates sein in allen wichtigen Finanzfragen, die mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands und der deutschen Ausfuhr im Zusammenhang stehen.

Das erste Lebensmittelschiff.

Der Dampfer „West Bauna“ mit ungefähr 7000 Tonnen seinem Weizenmehl an Bord wird, wie der amerikanische Lebensmittelschiffskommissar Hoover durch die amerikanische Kommission in Spa mitteilen ließ, vor-

ausichtlich am 27. März in Hamburg eintreffen. Die Ladung sei für die deutsche Regierung bestimmt.

Zur selben Zeit sollen auch zwei Frachtschiffe mit Lebensmitteln für die Tschechen in Hamburg ankommen. Der Verkaufspreis des Weizenmehls werde, wie Hoover ferner mitteilte, für Deutschland ebenso hoch bemessen sein wie der Preis, der den Tschechoslowaken in Anrechnung gebracht wird. Die baldige Bezahlung der Ladung in der im Brüsseler Abkommen vorgesehenen Weise werde erwartet.

Die sofortige Uebergabe der Ware solle jedoch hierdurch nicht verzögert werden. Er rechne, wie Hoover erklären ließ, mit einer zufriedenstellenden Beförderung der für die Tschechen bestimmten Sendungen elaufwärts nach Prag. Wenn sich hierbei keine Schwierigkeiten ergeben und die deutschen Schiffe sowie das Gold schnell geliefert würden, sollten weitere Sendungen nach Bremen und Stettin erwogen werden.

Englische Vorbehalte.

Im Unterhause erklärte der Parlamentssekretär des Lebensmittelministeriums, daß noch keine Lebensmittel nach Deutschland geschickt werden, mit Ausnahme des von den Alliierten besetzten Gebietes. Es würden auch keine geschickt werden, ehe nicht die deutsche Regierung die Bedingungen des Schiffs- und Finanzabkommens erfüllt habe. In Rotterdam lagerten bereits Vorräte, deren Abführung von der Erfüllung der erwähnten Bedingungen abhängen.

Nach Deutsch-Österreich seien einem Bericht des Vertreters des Lebensmittelkontrollrats beim Obersten Wirtschaftsrat zufolge ungefähr 45 000 Tonnen Lebensmittel nach verschiedenen Plätzen abgefordert worden. Sie seien dort bereits eingetroffen.

Englands Schwierigkeiten.

Die staatsstreikende englische Arbeiterchaft im Lohnkampf.

Der Kriegsausbruch von 1914 hat England nicht nur den irischen Bürgerkampf, sondern auch gewittergleich drohende Streikunruhen erspart. Als das Reich bedroht schien, schwiegen alle inneren Unruhen. Nunmehr sind die englischen Arbeiter eingeschwenkt, um ihrem Volke zum Siege zu verhelfen. Die stolzen Gewerkschaften ließen sich schweigend jede Verstärkung ihrer Rechte gefallen, unterwarfen sich jedem staatlichen Zwange, nahmen sogar die verbotene Dienstpflicht, den verabschiedeten Militarismus, auf sich. Fühlten sie sich doch, in der Gefahr des Landes, als Briten, und dachten sie doch des verheißungsvollen Wortes, daß jeder Engländer um rund 3000 Mark reicher sein würde, wenn es gelingen sollte, Deutschland zu Boden zu schmettern. Noch bei der Dezemberwahl bestand diese Stimmung im ganzen Land. Die Arbeiter ließen ihre Führer im Stich, die weniger den nationalen als den wirtschaftlichen Grundsatzen betreten, und Lloyd George gewann eine Mehrheit von 250 Stimmen im Unterhause. Aber heute schon, drei Monate später, ist der Himmel verdüstert. England steht vor schweren Erschütterungen. Die bedeutendsten und einflussreichsten Arbeitergruppen, Eisenbahner und Bergleute, verlangen drohend den ihnen versprochenen Anteil an der Beute. Beträchtliche Lohnverhöhung, Verstärkung der Arbeitszeit, dann weitere Verstaatlichung der Betriebe wird gefordert. Auf kleine Zugeständnisse will man sich nicht wieder einlassen.

Das schändliche Beispiel hat die Begehrtheit gewirkt.

Offenbar hat das schändliche Beispiel gewirkt. Der englische Arbeiter ist gut unterrichtet über die Mieselöhne, die das am Boden liegende Deutschland bezahlt. Er hört von 20-30 Mark Tagesverdienst des deutschen Wertmannes, während er höchstens ein Drittel davon bezieht, und er denkt nicht an unrecht-irrsinnigen Lebensmittelpreise. John Bull hat Michel niedergebort - und nun soll Michel so bedeutend besser dastehen als er? Auch die Verstärkung der Arbeitszeit in Deutschland, die Einbringung der Sozialisierungsgeetze reizt den englischen Arbeiter. Er weiß, daß sein geschäftlicher Augenblick gekommen ist. Und so setzt er der Londoner Regierung die Fißle auf die Brust. Er tut, was die arbeitenden Klassen aller Zielverbandsstaaten, die in Italien, Belgien und Frankreich tun; nur geht er mit größerer Entschlossenheit vor. Dieser nützliche und gemäßigte Menschen-schlag wartet lange, bis er einen entscheidenden Schritt wagt, aber dann sucht er das Ziel auch mit ganzem Kraftaufgebot zu erreichen.

Aufbietung der Staatsmacht gegen die Arbeiter?

Der Stern der Stunde ist ihm günstig. Jetzt noch. Doch schon machen sich die Anzeichen wirtschaftlichen Niederganges bemerkbar. Noch steht der größere Teil des Heeres im Felde, und die bereits beginnende Arbeitslosigkeit läßt sich ertragen. Ist die Demobilisierung jedoch erst einmal flott im Gange, überflutet das Angebot von Arbeitskräften beträchtlich die Nachfrage, dann läßt sich kein Streik mehr ins Werk setzen. Deshalb wollen die Gewerkschaften nicht länger zögern. Und die Regierung, die Unternehmer sind gewillt, ihnen entgegen zu kommen. Sie sparen mit Zusicherungen nicht, und andererseits nicht mit Drohungen. In Lloyd Georges Abwesenheit hat Bonar Law erklärt, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter und Kohlenarbeiter erhöht, die Arbeitszeit abgebaut, über die Verstaatlichung beraten werden solle. Griffen die Arbeiter trotzdem zum Streik, so würde die Regierung dies als einen Streit wider den Staat betrachten und mit den äußersten Mitteln dagegen vorgehen.

Vor dem Bolschewismus ist auch der Sieger nicht sicher.

Die englischen Gewerkschaftler werden sich verstehen. Möglicherweise kommt es zu einer scheinbaren Ueberbrückung der Gegensätze. In Wahrheit aber ist der Krieg erklärt. Und die gährende Unzufriedenheit der Arbeitermassen kann sehr leicht die stolze Behauptung Lloyds stützen, daß die im Weltkrieg siegreichen Mächte den Bolschewismus nicht zu fügen hätten. Das Fieber ist ansteckend. Kein Darnisch schützt davor. Europas Festland zuckt bereits in wilden Krämpfen. Die ungarische Explosion mißre auch den hoffnungsfreudigsten Staatsmann warnen. Englands Arbeiter sehen auf Deutschland. Englands führende Politiker stellen ein Gleiches tun. Wenn sie sich alle Mühe geben, das Deutsche Reich als Ungaarn zur Beweisschlacht zu treiben und dem

Bolschewismus in die Arme zu zwingen, werden sie ihn tödlicher ins eigene Land verpflanzen. Ihre so stolze Macht steht auf tönernen Füßen. Die eigene Arbeiterchaft rüttelt daran. Es ist hohe Zeit, daß sie, um ihrer selbst willen, der Welt einen ehrlichen, für alle erträglichen Frieden geben. R. R.

Eine Million Arbeitslose in England.

Aus London wird gemeldet: Die Zahl der Arbeitslosen, die am 7. März in England Unterstützung erhielten, betrug 992 232, hat aber inzwischen eine Million überschritten. Darunter befinden sich ungefähr 200 000 demobilisierte Soldaten und 495 000 Frauen. Seit November 1918, wo die Anzahl der Arbeitslosen etwa 70 000 betrug, hat sich diese Ziffer schnell und regelmäßig um durchschnittlich 66 148 pro Woche gesteigert.

Die Vorgänge in Ungarn.

Widerspruchsvolle Meldungen.

Die nach Wien und ins Ausland gelangten Nachrichten über die Vorgänge in Budapest geben ein klares Bild der wahren Sachlage. Die Umwandlung in die kommunistische Herrschaft spielte sich nicht so ruhig ab, wie es zuerst dargelegt wurde. Von Freitag auf Sonnabend wurde geschossen, wobei es viele Vermundete und Tote gab.

Die beiden Staatsbahnen wurden besetzt. Maschinengewehre und Kanonen wurden aufgeführt. Die Offiziere wurden in den Straßen angehalten, und es wurden ihnen ihre Auszeichnungen abgerissen. Es kam auch

zu großen Plünderungen,

wobei die Menge die Lebensmittel- und Futtermittelgeschäfte heimsuchte. Viele Personen suchten Budapest zu verlassen. Es wurde von der kommunistischen Regierung ein Befehl erlassen, wonach die Fremden zu internieren seien. Nur wenigen Personen ist es gelungen, aus Budapest abzureisen. Die Sozialisierung der großen Betriebe macht starke Fortschritte.

In der Provinz herrscht nach amtlichen Berichten überall Ordnung und Ruhe. In den meisten größeren Städten haben die Sozialisten die Verwaltung übernommen und ein Direktorium bestellt. Der Volksbeauftragte für Ernährungsweesen hat angeordnet, daß vom 27. März bis zum 2. April frisches Mehl und Schweinefleisch in keiner Form verkauft oder verzehrt werden darf; als Ersatz werden Fleischkonserven in den Verkehr gebracht.

Eine Wiener Meldung besagt: Die Funksprüche der ungarischen Sowjetregierung über die Vorgänge in Budapest sind größtenteils falsch.

In Budapest herrscht Panik.

Von einem Anschlag des Landes an die Räterepublik ist vorläufig keine Rede.

Ferner wird aus Budapest berichtet: Sämtliche bürgerliche Parteien haben beschlossen, sich auszuweisen. Die Regierung veröffentlicht Aufrufe an alle aus der russischen Kriegsgewalt zurückgekehrten Soldaten, die zu der roten Garde der russischen Sowjets gehört haben, und fordert sie auf, sich unter die Fahne der ungarischen Sowjets zu stellen.

Der Eindruck in England und Frankreich.

Der Eindruck der bolschewistischen Veränderung in Ungarn war in London tief. Allgemein widerlegt man sich dem Hinausschieben der Beratungen in Paris, wodurch man die Macht über Zentraluropa verliere. „Daily News“ sagen, daß sie vor dieser Gefahr bereits vor Monaten gewarnt und daß man sie durch die raschschüssigen Maßnahmen

hervorgehoben habe. „Daily Chronicle“ bringt einen ausführlichen Leitartikel über den Ernst der Lage in Ungarn, und zwar über seine Wirkung auf die drei wichtigsten Nationen Rumänien, Polen und Tschechoslowaken.

Die Pariser Blätter befassen sich mit den Ereignissen in Ungarn und meinen, daß das, was jetzt in Budapest geschieht, vielleicht ein Modell für das bilden werde, was in Berlin folgen könne, wenn Deutschland sich den Friedensbedingungen zu entziehen trachtet. Es gäbe nur zwei Mittel, diesen Schlag abzuwenden: Die Alliierten müßten den Bolschewismus in Ungarn vertreiben, bevor es zu spät sei, und Rumänien und Bulgarien vor dem Bolschewismus retten. Die Konferenz müsse weiter Deutschland das neue Sprungbrett nehmen und Maßnahmen treffen, um den russischen Bolschewismus auszurotten.

Pariser schwere Besorgnisse.

Neuter meldet: Die Großmächte haben beschlossen, das äußerste zu tun, um den Vertrag innerhalb einer Woche fertig zu haben. Dieser Entschluß wird dem wachsenden Ernst der Lage zugeschrieben.

Die kalte Douch.

Die Revolution in Budapest hat, wie aus Paris gemeldet wird, auf die Konferenz wie eine kalte Douch gewirkt. Sie hat verschiedene Leute aus dem Sinn ihrer Phantasie gerissen und andere aus ihren kleinlichen egoistischen Intrigen aufgeschreckt. Man begreift, daß die Mächte eine gemeinsame Front schließen müssen, um die Aussicht auf den Frieden nicht zu verlieren.

Selbst der „Temps“ übernimmt eine Auslassung des Londoner „Observer“, der die Ansicht äußert, daß ein raschschüssiger Mißbrauch des Sieges immer auf Frankreich zurückfallen würde, besonders wenn man eine mangelhafte Verhandlungsfähigkeit gibt, die den üblichen Prinzipien entspricht, die von den Alliierten während des Krieges aufgestellt wurde. In diesem Falle müßte gegen den Kapitalismus eine noch größere und erbittertere Bewegung losbrechen, als diesmal.

Wilson und Lloyd George gegen den rheinischen Rußereinst.

Aus Paris wird gemeldet: Der oberste Kriegsrat hatte eine Versammlung im Ministerium der Angelegenheiten, vorher hatten Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando eine Besprechung, in der über die Folgen der Bolschewistenunruhen in Ungarn und über die Frage der Ueberbringung polnischer Truppen nach Polen beraten wurde.

Wilson äußerte später seine Unzufriedenheit über die fortwährenden Verzögerungen und verlangte baldige Beschlüsse. Die Hoffnung, daß die Arbeiten jetzt beschleunigt werden können, wird genährt durch die günstige Ausnahme des Vorschlages, daß die von Frankreich verlangten Garantien zur Sicherstellung seiner Ostgrenze durch die Nichtmilitarisierung der Rheinprovinz geschaffen wird.

Durch einen solchen Vorgang wird die Rheinprovinz deutsches Gebiet bleiben. Früher hat Frankreich gegen diesen Vorschlag immer protestiert, doch hat es sich jetzt mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden erklärt, nachdem Wilson und Lloyd George die Erklärung abgegeben hatten, daß weder England noch Amerika geübt werden, daß ein gebieterischer Pufferstaat dem deutschen Einfluß entzogen würde.

Deutsches Reich.

Die erste Anerkennung der deutschen Republik.

Der schweizerische Bundespräsident, Herr Ador, hat das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten Ebert, in dem dieser ihm seine Wahl und seinen Amtsantritt angezeigt hatte, mit einem warm gehaltenen Handschreiben beantwortet. Damit hat die Schweiz als erster auswärtiger Staat die neue Reichsregierung förmlich anerkannt.

Die Hebung der Landarbeit.

Die Reichsregierung beabsichtigt, eine großartige Organisation zur Abwanderung der Großstadtbevölkerung auf das Land in die Wege zu leiten, da der Ueberschuß an Arbeitskräften in den Industriezentren bereits über 50 Prozent beträgt. Um möglichst viele Industrie-Arbeiter in die Landwirtschaft überzuführen, soll eine Regelung der Lohnverhältnisse der Landarbeiter auf gesetzgeberischem Wege erfolgen, und weitgreifende Maßnahmen zur Besserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse sollen getroffen werden.

Bestellungen der Eisenbahnverwaltung.

Bisher sind von der Eisenbahn keine Mittelungen über den Umfang ihrer Bestellungen auf Eisenbahnmateriale herausgegeben worden. Durch eine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Verkehrstechnische Woche“ wird nunmehr bekannt, daß das preussische Ministerium für öffentliche Arbeiten für insgesamt 1,6 Milliarden Aufträge auf Lokomotiven und Waggons vergeben hat, und zwar sind im ganzen 3300 Lokomotiven und 71000 Waggons in Auftrag gegeben.

Keine Antastung der Beamtenrechte.

In der Beamenschaft kursieren die wildesten Gerüchte über bevorstehende Kündigung der lebenslänglichen Anstellung usw. Der „Vorwärts“ erzählt hierzu, daß die Reichsregierung nach wie vor nicht daran denkt, die wohlverdienenden Rechte der Beamten irgendwie zu kürzen. Sie hält an dem einmal aufgestellten und feierlich verkündeten Programm vom 13. Febr. fest.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, den Parteitag auf den 10. Juni nach Weimar einzuberufen. Für die Tagung sind drei Tage vorgesehen.

Goldsurrogate über 5 Mark, also Stadtgeld usw. werden vom 1. April an an den öffentlichen Kassen nicht mehr angenommen. Die Städte müssen diese Papiere dann einziehen.

Es ist ein Glück, daß man jetzt endlich dieser Papiergeldfabrikation zu Leibe geht. Mit der leichtfertigen Ausgabe derartiger Geldes haben die Gemeinden erheblich mitgeholfen, die Teuerung zu steigern.

Deutsches Gold für Lebensmittel.

In Rotterdam traen zwei Eisenbahnwaggons ein mit 50 Millionen Reichsmark in Gold von der deutschen Reichsregierung, die als Zahlung für die Deutschland zu liefernden Lebensmittel dienen sollen.

Die beiden ersten amerikanischen Lebensmittelhelfer fahren am 26. März aus Rotterdam ab und treffen, nach Mitteilung des amerikanischen Kommissars, am Freitag im Hamburger Hafen ein.

Die Ausfahrt der Hamburger Schiffe.

Die Ausfahrt der Handelsflotte aus Hamburg nimmt ihren ungehoberten Fortgang. Seit Freitag nacht ist jeden Tag eine Staffe ausgelassen. Im Ganzen haben bis jetzt 30 Dampfer, insgesamt 200 000 T., den Hafen verlassen, darunter die großen Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, der Ostafrika-Linie und der Hamburg-Südamerika-Linie.

Ein wertvolles Geschenkwerk ist Johannes Doses vorzüglichster Roman:

Die Freundin des Herrn Doktor Luther.

Erzählung aus dem Bauernkrieg.

Preis hübsch gebunden Mk. 6.— und 10% Teuerungszuschlag. Porto und Verpackung außerdem.

Wie aus den nachstehenden Besprechungen hervorgeht, handelt es sich um einen der besten Romane Doses, der hervorragend als Geschenkwerk geeignet ist und ein gewaltiges Zeitgemälde darstellt.

Der Reiz und auch deren Schicksal, so dünkt mich, das gelungenste Werk. Daß er im geschichtlichen Roman zu Hause ist, hat er schon mehrmals bewiesen, auch daß er sich nicht nur in der Zeit zu bewegen weiß. Und die Welt um Vater liegt ihm besonders auf.

Diese hat seinen Stoff zu einem dichterischen Kunstwerk von hohem Werte gekleidet, welches den Leser von Anfang bis Ende fesselt und dem evangelischen Christenhaus nachdrücklich empfohlen werden darf.

(Johanna Bauer im Monatsblatt d. B. B. (Kritik. Verlegerin.)
(P. S. Keller in „Auf dem Wort“.)

Ich nenne das Buch ein Ereignis auf dem diesjährigen Büchermarkt und glaube an seine Verbreitung in allen Teilen des evangelischen Deutschlands; es muß und wird sich durchsetzen und ein Gelundbrücken nicht nur unsern Tagen werden.

Wahrlich ein grandioses Gemälde aus jener Zeit. Die handelnden Gestalten, darunter Luther, sind trefflich gezeichnet.

Bestellungen wolle man freundlich richten an die

Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld.

Die tschechischen Truppenansammlungen.
Der Reichswehrminister Noske und der preussische Kriegsminister Reinhard haben auf eine kleine Anfrage folgende Antwort an die Nationalversammlung gelangen lassen:

„Die in der letzten Zeit bedeutend vermehrten tschechischen Truppenansammlungen an den Grenzen der Grafschaft Glatz sind bekannt. Soweit zuverlässige Truppen zur Verfügung stehen, haben die zuständigen Stellen die notwendigen Maßnahmen durchgeführt, um einem etwaigen Einmarsch entgegenzutreten.“

Ausland.

Clemenceau amtsmüde?

„United Press“ meldet gerüchtesweise, daß Clemenceau vor einigen Tagen seinen Abschied verlangt habe, weil er sich nicht damit zufrieden geben wolle, daß Frankreichs Forderungen, das linke Rheinufer zu besetzen, von den anderen Mächten auf Grund des Selbstbestimmungsrechts abgelehnt wird. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes liegt noch nicht vor.

Neuentdeckte Petroleumquellen in England. Aus London wird gemeldet, daß kürzlich auf den Besitzungen des Herzogs von Devonshire bei Derbyshire bedeutende Petroleumquellen erbohrt wurden. Einer der bekanntesten englischen Geologen behauptet, daß die neueröffneten Quellen mehr Petroleum enthalten, als sämtliche Quellen in Pennsylvanien (Amerika). Wenn man bedenkt, daß ein Viertel der Erde mit pennsylvanischen Eelen verlorat wird, so kann man daran die Bedeutung der neuen Quellen erkennen, vorausgesetzt allerdings, daß sich das erwähnte Gutachten als richtig erweist. Man vermutet übrigens, daß auch in den englischen Grafschaften Stafford und Nottingham Petroleum vorhanden ist.

Für das hungernde Wien

hat sich in letzter Zeit manch teilnehmendes Herz und manche helfende Hand aufgetan, von der stets hilfsbereiten, warmherzigen Schweiz bis hin zur Härtezigkeit unserer Feinde.

Darf ich heute, Ihr teuren Freunde hin und her, auch Euch zur Mithilfe aufrufen? Und zwar nicht für das äußerlich notleidende Wien, so dringend auch dieses Cure Liebe benötigt, sondern für das geistlich hungernde Wien? Die innere Not ist grenzenlos: All der äußere, wirtschaftliche und politische Jammer und in demselben keinen Trost, keinen lindernden Balsam, keinen wahren Helfer und Heiland; ein verschmachtetes und zerstreutes Volk, das keinen Frieden hat.

In immer weiteren Kreisen mehrt sich die Erkenntnis: Da muß etwas geschehen. Die Sozialisten, die Kommunisten, die Spartakisten, Adontisten, Spiritisten und Theosophen, alle möglichen und unmöglichen Richtungen und Parteien treten auf den Plan und werben mit vollster Freiheit von Versammlung, Rede und Presse um die Großstadtseele Wiens. Dazu kommt die erschreckende Fülle aller Vergnügungs- und Unterhaltungsveranstaltungen. Nur wir Christen, wir Evangelischen, die wir doch Besseres, ja das einzige Heilmittel für allen Schaden, den einzigen Trost für alle Not zu bieten haben, schweigen. Wo sind die Christen in diesem Kampf? So werde ich immer wieder gefragt und das mit Recht.

Der Herr hat es mir aufs Herz gelegt, an meinem Teil auf die Frage eine Antwort geben zu helfen. Ich gedenke ab April in einer mehrwöchentlichen Reihenfolge öffentlicher religiöser zeitgemäßer Vorträge in den verschiedenen Sälen und Kirchen Wiens das Evangelium an die Wiener Volksmassen heranzubringen zu versuchen. Wer hilft für diesen dringenden und gar schwierigen Feldzug mit beten und auch mit geben? Es kostet viel Kraft und auch viel Geld. Will man die Massen erreichen, so muß man entsprechende Säle nehmen, plakatiere und auf alle nur mögliche Art an das Volk heranzukommen trachten; aber das erfordert bei den gegenwärtigen Wiener Preisen für Säle, Plakate, Einladungen usw. ein fast unerschwingliches Kapital. Eine Woche dieser Vortragsreihenfolge dürfte durchschnittlich je nachdem, ob Kirche oder Saal benutzt werden soll, 1000 bis 2000 Kronen kosten. Sollen wir vor diesen Unkosten zurücktreten und um derselben willen das dringend notwendige Werk liegen lassen? Nicht wahr, das werdet Ihr, teure Leser und Leserinnen, nicht wollen. Cure Liebe hat uns in den letzten Wochen mit Gaben überschüttet, als wir Euch für andere, notleidende Werke, wie

Russisch, Pfarrer Reinhardt's Heimat für Heimatlose usw. aufrufen. Für diese beiden Werke haben wir bisher über 1500 Kronen abführen können. Wir wagen jetzt für das geistlich notleidende Wien eine besondere Bitte, getreu der Mahnung des Herrn: Tue deinen Mund weit auf, laß mich ihn füllen (Psalm 81, 11). Wer will des Herrn Hand langer hierbei sein? Gaben der Liebe sende man unter der Bezeichnung „Für Evangelisation in Wien“ an die Evangelische Gesellschaft, Wien, VII/62, Urban Lortz-Platz Nr. 7, beziehungsweise an unsere Postsparkassen-Konten Wien Nr. 133 663, Budapest Nr. 40 886, Berlin NW. 7 Nr. 15192, Zürich: Pfarrer Monstky für Evangelische Gesellschaft in Österreich VIII Nr. 1082. Der Herr aber warte in Gnaden über diesem uns von Seinem Geist aufs Gewissen gelegten Plan!

Pfarrer Monstky,

Generalsekretär der Evangelischen Gesellschaft in Österreich, Wien, VII/62.

Herr Pfarrer Monstky, der gleich Leser unseres Blattes geworden ist, hat uns um Abdruck der obigen Bitte. Er würde sich natürlich besonders freuen, wenn ihm auch aus dem Kreise der Leserschaft des „Aufwärts“ manches Zeichen der Liebe und Hilfe für seine hochwichtige Arbeit ausflöße.
D. R.

Letzte Nachrichten.

Das Verbandskriegsbündnis in Gefahr?

Bern, 25. März. Aus zuverlässiger Quelle erfährt man, daß der Umsturz in Ungarn und die näher gerückte Gefahr einer Weltrevolution bei den amerikanischen Diplomaten in Paris die Überzeugung erweckt, daß ein Friedensschluß jetzt unmöglich sei. Wilson denkt aber nicht daran, den Bolschewismus in Europa zu bekämpfen, eher werde er Paris verlassen und die Entente ihrem Schicksal überlassen. Hiermit kann man heute schon rechnen, ebenso mit dem Abfall Serbiens. Damit ginge dann das Entente-kriegsbündnis aus den Fugen.

Bern, 25. März. Das jugo-slavisches Bureau meldet, daß eine starke bolschewistische Strömung die Abberufung der serbischen Friedensdelegation aus Paris fordert.

Zur Lösung der Adriafrage.

Amsterdam, 25. März. Dr. Dillon drahtet an den „Daily Telegraph“, daß die Adriafrage jetzt der Lösung nähergekommen sei. Er habe von befugter Seite vernommen, daß nach Wilsons Rückkehr ein ernstlicher Vorschlag den Vertretern der interessierten Staaten gemacht werde, um diese Frage auf Grundlage eines Kompromisses zu erledigen, wonach bestimmte Gebiete, die von einer Partei beansprucht werden, der anderen abgesprochen werden gegen finanzielle Entschädigungen.

Freigabe der Eier und eines großen Teils des Zuckers.

Weimar, 25. März. Gelegentlich der Interpellation über die Ernährungsfrage hatte der deutsche Volksparteiler Duschke (Hannover) sich mit aller Wärme für einen gründlichen Abbau unserer Zwangswirtschaft eingesetzt. Als ein nicht geringer Erfolg seines Vorgehens kann die Tatsache angesehen werden, daß seit gestern die Eier im Handel freigegeben worden sind, und weiter, daß die Zuckerrationierung zum großen Teil aufgehoben ist, und zwar bleibt nur noch etwa sieben Zwölftel unserer Zuckerproduktion beschlagnahmt und der behördlichen Verteilung vorbehalten, während der übrige Teil dem Handel freigegeben wird. Für den Verkauf dieses freigegebenen Zuckers werden Richtlinien ausgearbeitet, an denen die Hamburger Zuckerhandelsfirmen mit beteiligt werden. Der Zuckerrübenpreis soll um 4,50 bis 5 Mk. pro Zentner erhöht werden.

Aufhebung der Blockade in Sicht?

Der Züricher Tagesanzeiger erzählt, daß die gesamte Blockade der Alliierten gegen Deutschland auf Karten amerikanischen Brud hin in kürzester Zeit fallen soll. In der Schweiz lägen für mehr als eine Milliarde während des Krieges angekapelte Sendungen Ausfuhrware nach Deutschland.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Kraus, Bethel.

Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Bernstr. 11, Amt Bielefeld.

Assistenz-Arzt.

Für eine größere psychiatrische Abteilung wird ein christlich gesinnter Mediziner als Assistent gesucht. Meldungen an den Vorstand der Anstalt Bethel bei Bielefeld.

Stellen-Besuch.

Ein früherer Automobil-Schlosser, der erstteilnehmend, sucht Stellung als gerich. In. Kutscher, Chauffeur oder Schlosser auf einem Gut.

Angebote unter G. L. 29 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Walderholungsheim.

Gute Verpflegung. Bescheidene Preise. Auf kurze oder Lebenszeit. Gegen monatliche oder einmalige Zahlung.

Kraut, Runkelsteiner Mühle, Post Rod, a. d. Weil, Taunus.

Nr.

Wohl

Die v

gellische R

hat die R

drei eva

ministerium

Einfluß d

sondern

Minister

Christi te

mischung

lehnen. S

kratisch od

jedem ihre

sozialistis

keine Par

Wenn

Revolutio

Kirche üb

meinde al

auf die G

ausdrückl

hören zu

voll, und

verfassung

Pflicht

sofort eine

zu lassen,

geheime L

Frauen, i

Volkstsch

„Jesus Ch

sofort stat

so gewähl

treten, am

gellischen L

deine Einr

wir lehren

Bertretung

das nicht,

sehen, selb

Der I

Ich m

wenn die

lossteuert,

famliche

können wi

Für un

Sozial

tenzei

Diese Tra

Ummenge

gestern un

Auch in d

zum Ausb

mal einzug

runng hoch

zweite und

ist, daß all